

CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
FDP-Fraktion
UWG/ÖDP-Ratsgruppe
Die Linke
RH Powroznik

16. Feb. 2011

Resolution

**Kommunaler Finanzausgleich:
Transparenz schaffen und Kommunen angemessen beteiligen**

Der Rat der Stadt Münster beauftragt den Oberbürgermeister, mit den Verantwortlichen der Landesregierung NRW und den kommunalpolitischen Spitzenverbänden unverzüglich Gespräche und Verhandlungen über die beabsichtigten Änderungen des kommunalen Finanzausgleichs für die Finanzausstattung der nordrhein-westfälischen Gemeinden zu führen.

Ziel soll dabei sein, die notwendige Transparenz zu schaffen und die Kommunen angemessen am Verfahren zu beteiligen. Die tatsächlichen Auswirkungen auf die einzelnen Kommunen sind detailliert mit entsprechenden Modellrechnungen vorzulegen, die deutlich machen, wie sich die geplanten Veränderungen jedes einzelnen Parameters auf die Zuweisungen auswirken.

Zugleich muss die Umsetzung zeitlich so erfolgen, dass gerade den Kommunen, die dann mit erheblich verminderten Zuweisungen auskommen müssen, die Chance eingeräumt wird, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die eigene kommunalpolitische Handlungsfähigkeit zu erhalten.

Die Stadt Münster richtet daher an das Land Nordrhein-Westfalen die Bitte, den Entwurf für das GFG 2011 noch einmal zu überprüfen und im weiteren Gesetzgebungsverfahren – unter den oben genannten Gesichtspunkten und unter Wahrung eines fairen Ausgleichs und des Konnexitätsprinzips – Änderungen vorzunehmen. Ferner spricht sich die Stadt Münster dafür aus, die notwendige Ausweitung der Beteiligung des Bundes an den kommunalen Soziallasten auch rückwirkend für den nordrhein-westfälischen Finanzausgleich zu berücksichtigen.